

Naturpark: Keine grundsätzlichen Bedenken

LAMBRECHT (jüm). Geht alles nach Plan, könnte der Naturpark Pfälzerwald im Januar unter das Dach des Bezirksverbandes Pfalz wechseln. Einen entsprechenden RHEINPFALZ-Bericht hat Rolf Künne (SPD), der Vorsitzende des Naturpark-Trägersvereins, am Mittwochabend bei einer nichtöffentlichen „Mitgliederinformation“ seiner Organisation in Lambrecht bestätigt.

Damit würden seit Jahren immer wieder aufkeimende Überlegungen nun bald Realität. Ohnehin steuert der Bezirksverband Pfalz bereits jetzt etwa die Hälfte des Naturpark-Beitragsaufkommens von rund 300.000 Euro bei. Zusammen mit einer „institutionellen Förderung“ des Landes



Schon im Januar könnte laut Rolf Künne der Naturpark Pfälzerwald unter das Dach des Bezirksverbandes wechseln.

ARCHIVFOTO: VIEW

von aktuell 174.000 Euro wird damit die Naturpark-Geschäftsstelle in Lambrecht finanziert. Der Naturpark wird seit 31 Jahren von einem Verein getragen. Ihm gehören die im Pfälzerwald gelegenen kreisfreien Städte und Landkreise sowie ein Dutzend Vereine und Stiftungen, darunter beispielsweise Naturfreunde, Pfälzerwald-Verein, Pollichia und Bund für Umwelt und Naturschutz an.

An der Informationsveranstaltung am Mittwochabend nahmen nach Künnes Worten vor allem die Vertreter der Vereine teil. Gegen die Neuorganisationspläne habe es unter den anwesenden Mitgliedern „keine grundsätzlichen Bedenken“ gegeben. Nach dem derzeitigen Fahrplan könnte die Naturpark-Mitgliederversammlung am 4. Dezember und der pfälzische Bezirkstag am 20. Dezember die Weichen stellen.

„Situation war zu meistern“

Urteil: Kapitän eines entgegen kommenden Schiffes trägt keine Mitschuld am „Waldhof“-Untergang

VON JÜRGEN MÜLLER

ST. GOAR. Trägt der Kapitän eines entgegen kommenden Schiffes eine Mitschuld am Untergang des Säuretankers „Waldhof“? Diese Frage hat das Rheinschiffahrtsgericht beim Amtsgericht in St. Goar gestern mit einem klaren „Nein“ beantwortet.

Am frühen Morgen des 13. Januar 2011 war die bei der BASF in Ludwigshafen mit 2400 Tonnen Schwefelsäure beladene „Waldhof“ auf dem Rhein nahe der Loreley gekentert. Zwei Besatzungsmitglieder starben bei dem Unfall, zwei weitere kamen mit knapper Not mit dem Leben davon. 32 Tage lang blockierte das Wrack die Verkehrsader Rhein, Hunderte Schiffe stauten sich unter- und oberhalb der Unglücksstelle, Fracht musste vom Binnenschiffen auf andere Transportmöglichkeiten umdirigiert werden. Fachleute bezeichnen die Havarie als „folgeschwersten Unfall auf dem Rhein seit Menschengedenken“.

Die Schiffseigner, die während der Rhein-Blockade nicht fahren konnten und deshalb Millionenverluste erlitten, blieben auf ihrem Schaden sitzen. Ein Strafprozess, bei dem öffentlich die Verantwortung für die Katastrophe hätte erörtert werden können, wurde vermieden: Sechs Beschuldigte – überlebende Besatzungsmitglieder und Mitarbeiter jener Firmen, die das Schiff betrieben – akzeptierten von der Staatsanwaltschaft angebotene Geldauflagen von 110.000 Euro.

Bei dem gestern entschiedenen Verfahren hatte die „Waldhof“-Reederei Lehnering die Besatzung und die Eigner des belgischen Containerschiffes „Akropolis“ auf 1,5 Millionen Euro Schadenersatz verklagt. Der Grund: Die „Akropolis“ war am frühen Morgen des 13. Januar 2011 flussaufwärts unterwegs, während die „Waldhof“ in der Gegenrichtung mit Ziel Antwerpen fuhr. Nahe der Loreley begegneten sich beide in einem Abschnitt des Mittelrheins, der durch enge Kurven und Untiefen auch an erfahrene Schiffsführer hohe Anforderungen stellt. Unmittelbar danach verschwand der Tanker vom Radar.

Die „Waldhof“-Reederei wirft dem Belgier vor, sie hätten den Säuretanker erheblich behindert. Begegneten



32 Tage lang blockierte die am 13. Januar 2011 bei der Loreley gekenterte und bis St. Goar abgetriebene „Waldhof“ die Verkehrsader Rhein. Zwei Menschen starben, die Schäden als Folge der Havarie werden auf einen hohen zweistelligen Millionenbetrag geschätzt.

ARCHIVFOTO: DPA

sich doch beide Schiffe in einer engen und scharfen Linkskurve nahe einer „Betteck“ genannten Stelle. Die „Akropolis“-Besatzung hätte deshalb vor der Kurve stoppen und erst die „Waldhof“ passieren lassen müssen. Denn ein wie der Säuretanker flussabwärts fahrendes Schiff kann ein solches Halte-Manöver nicht bewältigen: Wird es langsamer als die Strömung, spricht das Ruder nicht mehr an und das Schiff lässt sich nicht mehr steuern. Zudem führte der Rhein zum Unfallzeitpunkt Hochwasser, was eine starke Strömung zur Folge hatte.

Der Argumentation der „Waldhof“-Reederei ist Klaus Behrendt, Direktor des Amtsgerichts St. Goar, gestern nicht gefolgt. Nicht die Begegnung mit der „Akropolis“, sondern die fehlende Schwimmstabilität des Säuretankers sei ursächlich für das Unglück gewesen. Zudem habe eine Sogwirkung im Fluss verhindert, dass die sich wegen der Kurvenfahrt zur Seite neigende „Waldhof“ wieder aufrichten konnte. Damit folgte der Richter dem im Januar veröffentlichten Untersuchungsbericht der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung. Danach wa-

ren die sieben Tanks der „Waldhof“ nur teilweise gefüllt. Deshalb hatte die Säure in den Behältern bei Kurvenfahrten viel zu viel Raum, um durch die Fliehkräfte von einer Seite auf die andere geschoben zu werden. Als Folge geriet das Schiff ins Schwanken und kippte schließlich um.

Beladene und damit „stabile Schiffe“, das von einem erfahrenen Schiffsführer geführt wurde, die Kurve vor der späteren Unfallstelle trotz Begegnungsverkehr meistern können“, betonte Behrendt unter Verweis auf Sachverständige. Die Begegnung zweier Schiffe in dieser Situation werde zwar als anspruchsvoll, aber nicht als unmöglich oder besonders gefährlich angesehen. Auch unter Berücksichtigung der durch das Hochwasser verursachten starken Strömung sei die Begegnungssituation an diesem Flussabschnitt „mit einem stabilen Schiff sicher zu bewerkstelligen“.

Mit einem Begegnungsverbot ziehen die Behörden Lehren aus der „Waldhof“-Havarie.

Dennoch haben die Behörden aus der „Waldhof“-Katastrophe Lehren gezogen: Ab Dezember gilt ab einer bestimmten Hochwasser-Marke am Betteck und zwei weiteren Mittelrhein-Bereichen ein Begegnungsverbot für große Schiffe. Damit lebt übrigens eine Regelung wieder auf, wie sie früher bereits gegolten hatte.

Laut der Zeugenaussage eines Matrosen soll sich die „Waldhof“-Schiffsführung kurz vor der Havarie der Ernst der Lage bewusst gewesen sein: In der vorherigen Kurve habe sich der Tanker bereits bedenklich zur Seite geneigt, so Richter Behrendt. Trotzdem hätten die Schiffsführer die „Akropolis“ nicht über Funk gewarnt. Nur bei entsprechender Vorwarnung wäre die „Akropolis“ verpflichtet gewesen, vor der Betteck-Kurve die Vorbeifahrt der „Waldhof“ abzuwarten.

Fazit des Richters: Angesichts der Instabilität der „Waldhof“ hätten ihre Schiffsführer die Fahrt durch den problematischen Mittelrheinabschnitt erst gar nicht antreten dürfen.

Gegen das Urteil kann die „Waldhof“-Reederei Berufung einlegen.

Demografiewoche: Über 320 Veranstaltungen

MAINZ (epd/swz). Eine landesweite Demografiewoche soll in Rheinland-Pfalz vom Montag an Möglichkeiten aufzeigen, wie die Gesellschaft künftig auf Bevölkerungsrückgang und Überalterung reagieren kann. „Mehr als 320 Veranstaltungen werden in dieser Woche stattfinden“, gab Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) gestern in Mainz bei der Vorstellung des Programms bekannt.

Die Konferenzen, Fortbildungen oder Informationsveranstaltungen richten sich teilweise an Fachleute und an ehrenamtlich Aktive, teils aber auch an ein breites Publikum. Die Abschlussveranstaltung findet am 4. November in Pirmasens statt. Schwerpunktt Themen der Demografiewoche sind das künftige Zusammenleben der Generationen, neue Wohnformen und der Kampf gegen Immobilien-Leerstände auf dem Land sowie Maßnahmen gegen den absehbaren Fachkräftemangel. Auch ein Kongress zur Zukunft des öffentlichen Personennahverkehrs und Informationsveranstaltungen der Verbraucherzentrale gehören zum Programm. „Wir sind von der Resonanz überwältigt“, sagte Sozialminister Alexander Schweitzer (SPD). Zur Übersicht über alle Veranstaltungen sei eine „fast telefonbuchdicke Broschüre“ erschienen.

Die Landes-CDU übt Kritik am Konzept der Demografiewoche: Viele Veranstaltungen seien so allgemeiner Art, dass nicht klarwerde, „worin der konkrete Bezug zum Älterwerden der Gesellschaft und zum Leben im demografischen Wandel besteht.“ Dem Land fehle zudem nach wie vor eine klare Strategie, wie auf die Herausforderungen geantwortet werden müsse.

Ministerpräsidentin Dreyer wies die Kritik gestern zurück: „Wir haben eine Vorstellung davon, was wir bewegen müssen.“ Bereits heute gebe es kaum noch ein politisches Vorhaben, bei dem die vorhersehbaren Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur keine Rolle spielten. In den meisten Regionen des Landes wird es in den kommenden Jahrzehnten einen Bevölkerungsrückgang geben.

INFO

Internet: www.demografiewoche.rlp.de

Kritik an Sparplan für Polen-Institut

Landesregierung gerät unter Druck – Auch Altbundeskanzler Schmidt interveniert

MAINZ/WIESBADEN (Irs). Der Streit zwischen Rheinland-Pfalz und Hessen um die von der Mainzer Landesregierung geplanten Einsparungen beim Deutschen Polen-Institut in Darmstadt eskaliert. Jetzt hat sich auch Altbundeskanzler Schmidt eingeschaltet.

Hessens Vize-Regierungschef Jörg-Uwe Hahn (FDP) hatte den geplanten Mainzer Sparkurs bei der Finanzierung des Instituts als „kleinkariert und geschichtsvergessen“ kritisiert. Die rheinland-pfälzische Regierungssprecherin Monika Fuhr wies dies gestern als „unverschämte“ zurück. Dass Hahn die Vorwürfe bei seiner Polenreise bis Samstag in die hessische Partnerregion Wielkopolska wiederholen wolle, „macht die Sache nicht besser“. Rheinland-Pfalz pflege vielfältige und fruchtbare Beziehungen zu Polen – besonders über seine

Partnerschaft mit der Region Oppeln. Über die Kultusministerkonferenz beteilige es sich auch weiterhin an der Finanzierung des Polen-Instituts. Das sind jährlich 11.000 Euro.

Die direkte Förderung mit 216.000 Euro pro Jahr will Rheinland-Pfalz aber, wie berichtet, von 2015 an aus Spargründen streichen. Nach Angaben des Instituts würde durch die Kürzung rund ein Viertel des Grundhaushalts wegfallen. Fuhr sagte, eine Sonderfinanzierung wie beim Polen-Institut durch ein Nicht-Sitzland gebe es bei keinem anderen länderübergreifenden Institut.

Unterdessen intervenierten auch Altkanzler Helmut Schmidt und der Bremer Ex-Bürgermeister Hans Koschnick bei Ministerpräsidentin Malu Dreyer (alle SPD) gegen die geplante Kürzung, wie die „Rhein-Zeitung“ gestern berichtete. Beide waren einst ehrenamtliche Präsidenten des

DPI. Die Landes-CDU befürchtet „nachhaltigen Schaden“ für das deutsch-polnische Verhältnis.

Der Sprecher des Mainzer Bildungsministeriums, Wolf-Jürgen Karle, sagte: „Die Landesregierung nimmt das so zur Kenntnis.“ Die von Rot-Grün geplante Einsparung sei im zuständigen Landtagsausschuss bereits Thema gewesen. Auf die Frage, ob sich noch etwas ändern könne, verwies Karle auf den Landtag. Dort wird der Haushalt 2014/15 voraussichtlich im Dezember verabschiedet.

Das Deutsche Polen-Institut forscht seit über 30 Jahren zu polnischer Politik, Kultur und Geschichte und setzt sich für die Verständigung zwischen den Nachbarländern ein. Finanziert wird es von Hessen (247.000 Euro), Rheinland-Pfalz, der Kultusministerkonferenz (240.000 Euro), dem Bund (182.000 Euro) und der Stadt Darmstadt.

EINWURF

Drogenbande in Haft: Zugriff in Ludwigshafen

154 Kilo Amphetamin beschlagnahmt – 24 Festnahmen

MANNHEIM (gai). Ein großer Schlag gegen die organisierte Drogenkriminalität ist der Mannheimer Polizei gelungen. Bei ihren zwei Jahre währenden Ermittlungen sprengte sie einen Drogenhändlerring, der Amphetamin in großen Mengen hergestellt und verkauft hat.

Die beschlagnahmten 154,2 Kilogramm Amphetamin sind laut Kriminalinspektionsleiter Ralf Krämer eine der größten Mengen der synthetischen Droge, die je bundesweit sichergestellt wurden. Im Zuge der Ermittlungen hat die Polizei im Raum Mannheim/Ludwigshafen 24 Tatverdächtige vorläufig festgenommen und ermittelt gegen weitere 42 Tatverdächtige. Elf Mitglieder der Bande sind derzeit in Untersuchungshaft.

Köpfe des Drogenrings seien ein 48 Jahre alter türkischer Geschäftsmann, ein 38- und ein 49-jähriger deutscher Geschäftsmann sowie ein Niederländer, zu dem die Polizei bei der gestrigen Pressekonferenz keine weiteren Angaben machen wollte. Die Verdächtigen haben nach Erkenntnissen der Ermittler ein internationales Netzwerk unter anderem mit Verbindungen nach China, in die Türkei und in die Niederlande aufgebaut. Bei ihren Ermittlungen nahmen die Beamten am 7. Oktober den 48 Jahre alten Türken sowie einen 30-jährigen Komplizen und zwei niederländische Drogenkuriere in einem Parkhaus in Ludwigshafen fest. Zudem hob die Polizei Wohnungen in Ludwigshafen und Mannheim aus, die als Drogenküchen gedient hätten.

Landesstraßen: Fast ein Drittel schlecht

MAINZ (nob). In Rheinland-Pfalz sind laut Landesbetrieb Mobilität (LBM) knapp 29 Prozent der rund 7000 Kilometer Landesstraßen in einem reparaturbedürftigen Zustand. Nur ein Fünftel der Gesamtstrecke bekommt demnach die Note gut. Dies sind Ergebnisse einer Bestandsaufnahme des LBM, bei der im Sommer 2012 unter anderem Unebenheiten und Risse in den Fahrbahnen flächendeckend erfasst worden sind. Im Vergleich zur vorangegangenen Erfassung im Jahr 2007 sind die Straßen damit etwas besser geworden. Damals wurden 32 Prozent als reparaturbedürftig und knapp 19 Prozent als gut eingestuft. Für die Verbesserung der Straßenoberflächen gibt es einen Grund: Der LBM setzt mehr auf „punktuell“ und „dünnstrichtige“ Erneuerung der Fahrbahndecken (980 Streckenkilometer, Haltbarkeit maximal zehn Jahre) statt auf teurere Sanierungen (580 Kilometer, Haltbarkeit bis 30 Jahre).

EINWURF

Unsensibel

VON ROLF SCHLICHER

Mit so viel Widerstand hat die rot-grüne Landesregierung wohl nicht gerechnet. Denn ansonsten hätte sie ihre Absicht, die Zuschüsse an das Deutsche Polen-Institut zu kürzen, besser vorbereitet. Das wäre angesichts der nicht immer einfachen deutsch-polnischen Beziehungen auch angebracht gewesen. Stattdessen wurde reichlich unsensibel operiert. Der Wegfall der Förderung für das landesfremde Institut ab 2015 gehört neben vielen anderen Kürzungen zu dem Sparpaket, das im August verkündet wurde. Für die Landesregierung war es ein Sparopfer unter vielen – das Polen-Institut war nur ein Punkt auf der langen Streichliste. Doch dieses Thema eignet sich nicht für Basta-Politik. Und: Wie sich die Landesregierungen von Hessen und Rheinland-Pfalz jetzt anfauchen, ist blamabel. Statt den Finanzierungspartnern und dem Institut ein Ultimatum zu stellen, hätte Mainz den Dialog suchen sollen. Das Institut muss genügend Zeit bekommen, sich neue Finanzierungsquellen zu suchen.

Hartloff lässt Richterwahl wiederholen

Streit um höchstes Richteramt in Trier – Zweibrücker Landgerichtschef Markus Gietzen bleibt bis auf weiteres in der Pfalz

ZWEIBRÜCKEN/TRIER (kad). Der Präsident des Zweibrücker Landgerichts, Markus Gietzen (43), wechselt – zumindest vorerst – nicht an die Spitze des Trierer Landgerichts. Justizminister Jochen Hartloff (SPD) lässt die Richterwahl wiederholen, nachdem ein unterlegener Mitbewerber Gietzens das Ministerium auf einen möglichen Formfehler aufmerksam gemacht und Konkurrenzklage angekündigt hat.

Nun soll der Richterwahlausschuss erneut entscheiden. Am 21. August hatte das mit Parlamentariern und Juristen besetzte Gremium Gietzen gewählt – dem Vernehmen nach gegen die Stimmen der Union sowie eines Richters. Aus dem rot-grünen Lager gab es eine Enthaltung (wir berichteten). Vor der erneuten Ausschusssitzung muss sich noch einmal der Präsidialrat, eine Art Personalvertretung der Richter, mit der Besetzung befassen. Dieses Gremium, dessen Votum nicht bindend ist, hatte im ersten Anlauf gegen den Zweibrücker Richter gestimmt. Bei einem dem Vernehmen nach als Einigungsgespräch an-

gesetzten zweiten Treffen fiel die Entscheidung anders aus. Allerdings waren in dieser Runde nur drei von fünf Richtern anwesend. Einer hatte Urlaub, ein anderer steckte auf der Autobahn fest, wie die Vorsitzende des Präsidialrats, die Frankenthaler Landgerichtspräsidentin Irmgard Wolf, sagte. Aus dem Ministerium heißt es: „Möglicherweise ist dem Präsidialrat bei der Einladung seiner Mitglieder ein Fehler unterlaufen.“ Weil sich diese Auswärtigen nicht sicher klären ließen, werde das Verfahren teilweise wiederholt.

Wolf selbst hielt das Gremium für beschlussfähig. „Ich glaube nicht, einen Fehler gemacht zu haben, aber ich weiß, dass man unterschiedlicher Meinung sein kann“, sagte sie. Ein neuer Termin sei noch nicht festgelegt, für die reguläre Sitzung am 14. November sei das Thema zu umfangreich. Sie warte auf Nachricht vom Ministerium.

Hartloff-Kritiker, wie der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Christian Baldauf, sehen in der Wiederholung eine „Riesenblamage“ für den Minister. Baldauf kritisierte au-



Markus Gietzen (links), Jochen Hartloff.



FOTOS: STEINMETZ/KUNZ

Berdem, Hartloff habe eine Kleine Anfrage der Opposition unvollständig beantwortet. Unter Verweis auf Persönlichkeitsrechte verweigerte das Ministerium beispielsweise die Antwort auf die Frage, ob der Präsidialrat ein zweites Mal getagt habe. In einem fünfseitigen Brief fordert der Frankenthaler Oppositionspolitiker den Minister auf, die Fragen zu beantworten. Baldauf sagt, Hartloff mache erneut durch eine „unglückliche Personalentscheidung auf sich aufmerksam“. Ministeriumssprecher Wahid

Samimy hält dagegen: Es sei ja noch nichts passiert. Nicht nur in der Politik, auch in der Justiz sehen das manche anders. Gegen Hartloff wird der Verdacht gehegt, er wolle auf dem obersten Richterstuhl in Trier einen unliebsamen Kandidaten verhindern, und zwar den Chef des Koblenzer Amtsgerichts, Karl-Hans Fischer (61). Fischer hatte sich bereits kurz nach der Ausschreibung auf die Trierer Stelle beworben, also zwischen Mitte Dezember 2012 und Anfang Januar 2013. Mit ihm hatten drei weitere Kandidaten ihren Hut in den Ring geworfen, um Wolfgang Krämer nachzuzufolgen. Ende Juli 2013 erreichte Krämer das Pensionsalter. Die Stelle ist also seit fast drei Monaten vakant.

Am 15. April, knapp drei Monate nach dem informellen Ende der Bewerbungsfrist, ging Gietzens Bewerbung ein. Er war vom Ministerium dazu aufgefordert worden. Während aus Ministeriumskreisen lanciert wird, nur dadurch sei eine drohende Konkurrenzklage unter den anderen Bewerbern zu verhindern gewesen, heißt es in Koblenz, damit hätte Fischer verhindert werden sollen.

Denn er sei politisch unbequem. So habe er sich in der Diskussion um die letztlich verhinderte Fusion der Oberlandesgerichte Koblenz und Zweibrücken am Pfälzer Standort sehr pointiert und öffentlichkeitswirksam gegen die Linie der Landesregierung aufgestellt.

Für Gietzen spricht das höhere Amt, seit einhalb Jahren ist er Landgerichtspräsident. Für Fischer spricht die langjährige Erfahrung und die Größe des Amtsgerichts. Der Vizepräsident des Koblenzer Oberlandesgerichts, Bernd Sartor, hat sich nach Informationen aus Justizkreisen in seinem Besetzungsbericht für Fischer ausgesprochen. Doch das Ministerium setzte Gietzen an die erste Stelle.

Wie Hartloffs Kandidat im zweiten Anlauf abscheiden wird, ist unklar. Sollte er erneut gewählt werden, die Entscheidung fällt frühestens im Dezember, muss er mit einer Konkurrenzklage rechnen, die Fischer schon angekündigt hat. Der Formfehler sich nicht der einzige Anknüpfungspunkt für eine Klage, sagte er auf RHEINPFALZ-Anfrage. Gietzen wollte sich nicht öffentlich äußern.